

werden. Sie verlangen kein Einmessen, sondern ihr Recht. Für die kommende notwendige Neuordnung der Anstellungs- und Beschäftigungsbedingungen der kaufmännischen Angestellten wird von der Arbeitgeberseite Verhandlung erwartet. Die verammelten kaufmännischen Angestellten sind sich bewusst, daß die nächsten Wochen Kämpfe bringen werden wie nie zuvor. Im Vertrauen auf ihre Berufsgewerkschaft aber sind sie sich entschlossen, diese für sich, ihre Familien und im Interesse der deutschen Wirtschaft durchzuführen.

Die Tagung des Völkerbundes.

Zu Beginn der achtigen Vermittlungssitzung der Völkerbundversammlung in Genf verlangte sofort der Delegierte für Chile, Edwards, das Wort, um energisch gegen den Antrag der bolivianischen Delegation zu protestieren, daß der Artikel 19 des Völkervertrages zwischen Bolivien und Chile vom Jahre 1904 Anwendung finden solle. Der Artikel sieht vor, daß die Versammlung unerlässlich gewordenen Verträge, die den Völkervertrag gefährden, einer Neuprüfung unterliegen kann. Der chilenische Delegierte erklärte, daß seine Regierung sich der Unterzeichnung des Vertrages in die Tagungsordnung der Völkerverbundversammlung widersetze. Der Völkerbund sei nicht zureichend und es würde durch ein derartiges Vorgehen ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen werden. Es bestehe dann die Gefahr, daß man auch eine Revision der Friedensverträge vornehmen könne. Die leidenschaftlichen Ausführungen des chilenischen Delegierten wurden von der Versammlung ruhig aufgenommen. Die französischen Delegierten gaben deutlich ihre Zustimmung zu erkennen. Darauf verteidigten die beiden bolivianischen Delegierten Armada und Canales in scharfen Ausführungen den Standpunkt ihrer Regierung. Der Vertrag sei nicht wie der chilenische Delegierte behauptet habe, auf gegenständlicher Uebereinstimmung begründet, sondern durch Druck erfolgt. Der Vertrag sei undurchführbar und sei auch bisher nicht durchgeführt worden. Bolivien sollte jahrelang das Bleigewicht der Niederlage tragen und wende sich nun an den Völkerbund, nicht, um eine Wiederherstellung zu erlangen, sondern um Gerechtigkeit zu fordern. Der Vertrag von 1904 habe seinen Frieden geschaffen, sondern nur Gewalt. Der chilenische Delegierte widersetzte darauf, daß die Argumente der Bolivianer nicht haltbar seien, um eine lange Unterredung zu rechtfertigen. Er erklärte, daß auch eine Kommission nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sei, da bei solchen Fragen die Abstimmung in der Versammlung erfolgen müsse. Er sei aber mit jedem anderen Verfahren einverstanden, welches den Delegierten Gelegenheit geben könnte, sich einen Ueberblick zu schaffen. Er protestierte dagegen, daß die Frage auf die endgültige Tagesordnung gesetzt werde. Der Präsident von Kamebeck stimmte dieser Auffassung zu und schlug vor, daß, um der Versammlung Gelegenheit zu reichlicher Ueberlegung zu geben, die Ausführungen der chilenischen und bolivianischen Delegierten abgedruckt und verteilt werden sollten. Eine Entscheidung könne dann in einer späteren Sitzung dieser Tagung erfolgen. Da sich kein Widerspruch in der Versammlung geltend machte, erklärte von Kamebeck den Antrag als angenommen. Damit ist der Zwischenfall vorläufig erledigt, der die größte Spannung hervorgerufen hatte, insofern der grundsätzliche Beocutung späterer Anwendung.

Der Konflikt zwischen Bolivien und Chile, der in der gestrigen Sitzung der Völkerverbundversammlung vertagt wurde, hatte gestern nachmittags noch ein kleines inoffizielles Nachspiel. Die Delegierten beider Staaten hatten Vertreter der Presse zu sich gebeten, um ihnen nochmals mit etwa denselben Argumenten ihren Standpunkt darzulegen. Auf die Frage, ob man im Falle einer Nichtberücksichtigung ihres Antrages die bolivianische Delegation aus dem Völkerbunde zurückziehen werde, erwiderten die Völkervertreter die Antwort, daß die Delegation auf jeden Fall der Instruktion ihrer Regierung gehorchen werde.

Der Ausschuh für Abrüstung und Blockade.
In der ersten Sitzung des 3. Völkerbund-Ausschusses für Abrüstung und Blockade führte Branting (Schweden) den Vorsitz. Nach Mitteilung des Völkerbundsekretariats wurde ein Antrag Lord Roberts Cecil's, der von Schanze (Italien) und Viviani (Frankreich) unterstützt wurde, daß die Kommissionen so weit wie möglich öffentlich sein sollen, einstimmig angenommen. Lord Roberts Cecil führte aus, es sei zweifellos wertvoll, der Abrüstung einen praktischen Wert beizulegen; denn der Wunsch nach Abrüstung sei sehr natürlich und lebendig. Er gebe von denen aus, die man als offizielle Vertreter bezeichnen könne. Die Wirksamkeit der Wünsche, die diese Kommission formuliere, hänge von der öffentlichen Meinung ab. Schanze schloß sich den Ausführungen Lord Roberts an, worauf Viviani in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der jetztzeitig gemischten Kommission für Abrüstung Angaben über den Stand der Arbeiten der betreffenden Ausschüsse machte.

Eine Entschließung des englischen Gewerkschaftskongresses.
Der englische Gewerkschaftskongress in Cardiff hat eine von Glanville begründete Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß der Völkerbund bereit sein solle, die gewerkschaftliche Vertretung aller Nationen zu bieten. Ferner heißt es darin, der Friede könne nur gesichert werden durch Schaffung einer internationalen Arbeiterpartei, die das Vertrauen der Bevölkerung eines jeden Landes beziehe, das nur gewonnen werden könne durch angemessene direkte Vertretung der Arbeiterparteien in der Völkerverbundversammlung.

Die Entente-Note an Ungarn.

Das ungarische Teleg.-Korr.-Büro meldet: Die Subalterne Vertreter der Entente-Obermächte überreichten im Auftrag der Pariser Völkerverbundkonferenz dem Minister des Aeußeren eine Note in der festgelegt wird, daß, obwohl die ungarische Regierung wiederholt erklärte, die aus dem Frieden von Trianon entspringenden Verpflichtungen einhalten zu wollen, ihr jetziges Verhalten in der westungarischen Frage selber keinen Zweifel über ihre Absichten gestattet, sich der Uebergabe Westungarns zu entziehen. Entgegen den Warnungen der Entente haben die ungarischen Behörden gebuhlet, daß Herr Friedrich Westungarn betrete, der sich an die Spitze der Bewegung gestellt hat, die sich gegen die Durchführung des Friedensvertrages richtet. Es haben gebuhlet, daß es sowie die Führer verschiedener irredentistischer Vereine und zahlreiche Offiziere und Zivilisten, die sämtlich in dem zu übergebenden Westungarn keine Zweifel möglich waren, sich in diese Komitate begeben haben. Auf Grund dieser Tatsachen würden die Vertreter der verbündeten Obermächte die ungarische Regierung mit Recht für alle Anträge verurteilt machen, die sich vor oder nach der Uebergabe Westungarns ereignen. Die Völkerverbundkonferenz ist sich dessen bewusst, daß es noch zahlreiche Fragen gibt, die nach Durchführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages der Lösung harren. Aber solange diese Bestimmungen nicht vollständig durchgeführt sind, ist die

Erklärung der von der ungarischen Regierung vorgelegten Note abzulehnen. Die beschriebene Note geben die Dolmetscher Ausdruck, daß die ungarische Regierung in Kenntnis der schwierigen Umstände im Jahre 1919, mit der nötigen Zurückhaltung, jedem Mann zum gewissen Ausdruck das Wort gegeben hat, da sie überzeugt ist, daß die einzige wirksame Sicherung der Freiheit der ungarischen Nation in der künftigen Einbeziehung der internationalen Verpflichtungen liegt.

Die Entente-Vertreter haben der Note folgende Bemerkung hinzu: Wir wären dankbar, wenn die ungarische Regierung dringend alle jene Maßnahmen durchzuführen würde, die notwendig sind, um die Räumung Westungarns wieder aufzunehmen und ohne Aufsicht durchzuführen, damit das Uebergabeprotokoll sofort nach der Uebergabe gemäß dem ursprünglich festgelegten Programm unterschrieben werde.

Die österreichischen Sozialdemokraten zur westungarischen Frage.

Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur westungarischen Frage, in dem darauf hingewiesen wird, daß ein Kampf um das Westungarn auch einen Kampf um die Freiheit der Republik Österreich gegen die Wiederherstellung der kaiserlichen Monarchie bedeuten könne. Die Arbeiterzeitung warde daher aufgefordert, die österreichische Wehrmacht dadurch zu unterstützen, daß sie den Besitz und alle für die Befestigung und Ausrüstung der Wehrmacht wichtigen Betriebe ungehindert im Ganzen erhält und allen, welche die Arbeiterzeitung zu Unbesonnenheiten herausfordern, kräftig entgegentritt.

Die Gewalttaten ungarischer Soldaten.

Wie das Wiener Teleg.-Korr.-Büro meldet, haben gestern nachts 10 Uhr etwa 70 mit Handgranaten und Gewehren bewaffnete ungarische Freischützen die Gendarmen und Grenzposten von Jagerdorf südlich von Eisenstadt angegriffen. Es entspann sich ein Kampf, bei dem auf österreichischer Seite ein Mann getötet, einer schwer und drei leicht verletzt wurden. 23 Gendarmen wurden gefangen und mit verbundenen Augen in der Richtung Ledenburg abgeführt, sodann ihrer Monturen, Waffen, Ausrüstungsgegenstände und ihres Geldes beraubt und dann wieder nach Jagerdorf zurückgeführt.

Wie das Wiener Teleg.-Korr.-Büro amilich mitteilt, kam es in der vorletzten Nacht nur bei Burgau und Althaus zu unbedeutenden Zwischenfällen, bei denen niemand verletzt wurde; die Angreifer wurden vertrieben. Nachrichten, nach denen die ungarischen Soldaten durch händigen Huluf vertrieben werden, können nicht überprüft werden, weil jenseits der niederösterreichischen Grenze für den militärischen Gefandungsdiens geschulte Kräfte nicht verwendet werden dürfen.

Die türkisch-griechischen Kämpfe.

Nach einer in Smyrna eingegangenen Meldung ist Angora nach einem scharfen Kampf, der mit der Vertreibung der Türken durch die Griechen endete, gefallen. Eine Kavallerieabteilung aus Konstantinopel besetzt, daß die Kemalisten im Tal des Salacia weiteren Widerstand leisten. Nach einer weiteren Meldung aus Smyrna erlitten in den letzten Tagen Kämpfe um Angora beide Seiten schwere Verluste. Die an Zahl unterlegenen türkischen Kräfte leisteten die zum letzten Widerstand. Es kam zu zahlreichen Bajonettkämpfen. Die Lage der kemalistischen Armee ist nicht zu übersehen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Die Sachlung der ersten Goldmilliarde. Die Reparationskommission hat eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, daß die am 31. August fällige eine Milliarde Goldmark von Deutschland voll bezahlt wurde.

Der Westarbeiterstreik in Bremen. Infolge des Beschlusses der Arbeiterchaft der Metallgesellschaft West, den Streik mit allen Mitteln fortzusetzen, hat sich die Wert gezwungen gesehen, nunmehr die Wert völlig still zu legen und sämtliche Angestellten vorläufig zu beurlauben.

Neue Rettungsverbote. Das in Königsberg erscheinende Organ der Deutschösterreichischen Schup- und Trugbundes „Deutsche Arbeit“ ist auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden. — Die „Ostpreussische Zeitung“ ist am Mittwoch erneut verboten worden.

Aldeutscher Verband. Nach der Tagung des Gesamtvorstandes des Aldeutschen Verbandes fand in Goslar der diesjährige Verbandstag des Aldeutschen Verbandes statt. Der Verbandsvorsitzende Justizrat Laß (Berlin) wies auf den Ernst der Zeit und die trostlose Lage des Vaterlandes hin. Nur durch eine Besserung des Zusammenlebens im Staate und des Staates auf allen Gebieten — durch eine Gesamtreform könne ihm geholfen werden. Nötig sei der Um- und Aufbau von der Schule an bis hinan zu der obersten Spitze, aber Recht, Wirtschaft, Befassung — kurz eine Reform, die mit dem höchsten Fremden Schutz macht und Einrichtungen schafft, die dem angeborenen Wesen unseres Volkes und den Bedürfnissen seines Zusammenlebens im Staate entspricht. General der Infanterie H. Kraus (Wien), Mitglied der Hauptleitung des Aldeutschen Verbandes, sprach über Staatskunst und Staatlichkeit. Vastor Ebert (Darmstadt) sprach über die Durchführung der deutschen sozialistischen gestimmten Arbeiterchaft zum deutschen Gedanken. General v. Heider (Freiburg) sprach zum Gunsten der Neuen Gobineau-Vereinigung. Der Vorsitzende Justizrat Laß hob hervor, daß die Schicksalsfrage für das deutsche Vaterland so lautet: gelangt es, die Massen des Volkes, die sich als Arbeiterchaft bezeichnen, für die Volkstum, für den deutschen Staat und für das friedliche Zusammenleben mit den anderen Volksgenossen zurückzugewinnen oder nicht? Von der Beantwortung dieser Frage hängt die Entwicklung in vieler oder jener Richtung hänge bis Zukunft der Deutschen ab. Das Wesentliche sei, den deutschen Arbeiter zu der eben deutschen Freiheit zurückzuführen, die im Laufe der Geschichte verloren gegangen ist, dem Arbeiter den Adel seines Volkstums zum Bewußtsein zu bringen, seine Würde als deutscher Mensch anzuerkennen und ihm zu zeigen, daß man sie anerkenne.

Die Lohnbewegung im Industriegebiet. In den letzten Verhandlungen zwischen dem Gewerksverband und Vertretern der Angestelltenverbände in Offen wurde eine Erhöhung der Gehälter um 18 Prozent, eine Erhöhung des Kindergeldes um 50 Prozent und außerdem eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses ab 1. September 1921 genehmigt. — Die Verhandlungen über die von den Straßenbahnern geforderten Lohnerhöhungen, die gestern in Offen zwischen den beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen und den Arbeitgeberverbänden für die Straßenbahn im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geführt wurden, sind gescheitert. Der Reichs- und Staatskommissar in Dortmund ist wegen eines Schiedspruchs angezogen worden.

Die Börse verlegt. Der Verl. „Sozialanleger“ bespricht das völlige Verlegen der Börse, deren Einrichtungen immer unzulänglicher geworden seien. Die viel zu geringe Zahl von Wählern könne die Schwierigkeiten nicht mehr bewältigen. Wählern hätten die in einer Rekordzahl vorliegenden Kandidaturen der Spekulation und des Profitstrebens zu einem solchen Andrang an die Börsebewerber geführt, daß die Ausschreibung um 1 1/2 Stunden

verzoget werden mußte. Es sei dringend notwendig, zu einer Verbesserung und Vervollständigung der Börseinrichtungen sofort zu schreiten.

Morgan ist nicht in Berlin gewesen. Reichshofbesuch veröffentlicht einen Brief des Pariser Korrespondenten der Daily Morgan, in welchem er über den Streit mit Morgan, in welchem sich ausschließlich in Berlin befindet, und in dem erklärt wird, der amerikanische Finanzmann sei seit dem Krieg nicht in Berlin gewesen und habe auch keinerlei Absicht, sich dortin zu begeben. Morgan befindet sich augenblicklich in Schottland.

Die Streikbewegung unter den Textilarbeitern von Nordbay hat sich verstärkt. Eine Anzahl von Arbeitern, die noch arbeiteten, hat die Arbeit gestern nicht aufgenommen. Wie aus Remiremont gemeldet wird, greift der Streik in der Textilindustrie immer weiter um sich. Gestern vorerstem sind 12 neue Betriebe in Mitleidenchaft gezogen, und die Gesamtzahl der Streikenden beträgt zur Zeit 10 000.

Gerichtsverfahren des Beamtenhabes. Die Unterkommission des Finanzauschusses der Kammer hat sich gestern mit der Beratung des Beamtenhabes beschäftigt. Aus den Beratungen geht hervor, daß die Anzahl der Beamten am 1. Juli 1914 548 271 betrug und einen Rohenaufwand von über 1,154 Milliarden erforderte, während die Zahl am 1. Juli 1921 788 928 betrug bei einem Rohenaufwand von 4,008 Milliarden. Nach dem Vorschlag der Regierung für das Jahr 1922 ist eine Gerächung auf 800 928 mit einem Rohenaufwand von 4,618 Milliarden beabsichtigt.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Der Gewerkschaftskongress in Cardiff nahm am Dienstag nachmittags eine Entschließung an, in der er seine ersten Bedenken über die Zunahme der Arbeitslosigkeit äußert und erklärt, daß es die Pflicht des Staates sei, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen oder eine entsprechende Unterstützung am Arbeitswilligen zu erteilen. Der Kongress billigt die Aktion der Behörde der Armenverbände, die sich bemüht hatten, den Arbeitslosen die Unterstützung zu verweigern, und die Arbeitslosen von der Nation unterstüzt werden müßten. Schließlich verlangt der Kongress die sofortige Einberufung des Parlaments, damit zur Behebung der Arbeitslosigkeit geeignete Maßnahmen getroffen werden können. — Die Donauer Blätter melden aus Dorn die Ausschreitungen von Arbeitslosen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einer Menge von 3000 Personen, darunter zahlreiche Frauen, wobei von seiten der Menge mit Steinen geworfen wurde. Die Polizei ging mit Knüppeln vor, zahlreiche Personen wurden verletzt.

Eine Offensiv der Spanier. Die Madrider Blätter versichern, daß binnen kurzem 5 Kolonnen von Melilla abgehen werden, um einen konsentrischen Angriff auf den Feind an zu machen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 8. September 1921.

Ein Kompromiß mit Bayern.

Berlin. Ein amtlicher Bericht über den Verlauf der am Mittwoch stattgefundenen Besprechung ist nicht ausgegeben worden, da, solange ein Ergebnis noch nicht sichtbar ist, Vertraulichkeit bewahrt werden soll. Man war sich auf beiden Seiten völlig des Grades und der Tragweite der zur Diskussion stehenden Fragen bewußt, ebenso der Notwendigkeit einer solchen Entscheidung. Man ist auf der Suche nach der Kompromißformel, die es ermöglicht, die Dinge auf dem Wege der gütlichen Einigung beizulegen und hofft, diese Formel am Donnerstag zu finden. Eine endgültige Entscheidung darf aber auch von den Besprechungen am Donnerstag nicht erwartet werden. Die Vertreter Bayerns haben beschränkte Vollmachten. Sie werden wahrscheinlich Donnerstagabend nach München zurückreisen, um dort einerseits der bayerischen Regierung, andererseits den Koalitionsparteien über die Verhandlungen Bericht zu erstatten. Beschlüsse werden dann erst in München gefaßt werden. Im gegenwärtigen Augenblick kann nur gesagt werden, daß man trotz aller ansehnlichen Schroffheit der Gegenseite eine Einigung erwartet.

Paris. In der Spannung zwischen Berlin und München bemerkt am Mittwoch der „Tempo“: Wenn die bayerische Regierung den Sieg über die Reichsregierung davontrage und der Verlagerungszustand in Bayern aufrecht erhalten werde, müsse man sich fragen, ob man nicht im Interesse des europäischen Friedens vorbeugende Maßnahmen gegen die Gefahr von München ergreifen müsse.

Die Einberufung des württembergischen Landtages abgelehnt.

Stuttgart. Der Präsident des Landtages hat das Verlangen der Fraktionen der Württembergischen Arbeiterpartei und des Bauernbundes auf Einberufung des Landtages zur Begründung der von ihr eingebrachten großen Anfrage wegen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 und des Verbotes der „Süddeutschen Zeitung“ abgelehnt. Die Fraktionen haben darauf bei der Regierung Vorstellungen erhoben und gefordert, daß die württembergische Regierung bei der Reichsregierung nachdrücklich und ungehemmt für die Aufhebung der Verordnung eintrete.

Einziehungsgefahr der Posten.

Rattow. An der oberösterreichischen Grenze können sich die Postenverrichtungen. Da in Rattow und Wels mehrere Fälle als nachweislich eingeschleppt festgestellt wurden, hat die internationalisierte Kommission genauere Grenzüberwachungsmaßnahmen angeordnet.

Zusammenstöße bei der belgischen Gewerkschaftswache.

Brüssel. Die belgische Arbeiterpartei hatte in La Neuveville eine Gewerkschaftswache organisiert, an welcher auch Vertreter des Auslandes, darunter der Deutsche Sassenbach als Vertreter der deutschen Gewerkschaften teilnehmen sollten. Sassenbach wohnte in demselben Hotel wie die belgischen Sozialistenführer. Der Wirt des Hotels hatte aber Sassenbach gezwungen, das Hotel zu verlassen, worauf die Belgier als Protest ebenfalls das Hotel verließen. Im Laufe des Tages haben die belgischen nationalen Vereine gegen die Anwesenheit des deutschen Delegierten durch Blatate Protest erhoben. Bei den sozialistischen Kundgebungen, welche gestern abend stattfanden, kam es zu Zusammenstößen zwischen belgischen Patrioten und Sozialisten. Es gelang den Sozialisten, den belgischen Patriotenvereinen sämtliche Fahnen abzunehmen. Die sozialistische Versammlung, an der auch außer dem Deutschen Sassenbach ein Italiener teilnahm und in der Sassenbach sprechen sollte, wurde durch andauernden Lärm und Zwischenrufe wie wieder mit den Bäumen gepregelt. Auch in späterer Stunde fanden noch Zusammenstöße statt, wobei mehrere Personen schwer verwundet wurden.

Vor dem Rücktritt der ungarischen Regierung?

Wien. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ wird aus Budapest gemeldet, daß mit der Möglichkeit des Rücktritts der Regierung rechnen sei, da sie die Verantwortung für die Nichterfüllung des Ultimatus der Entente nicht zu übernehmen vermag. Es besteht auch die Möglichkeit, die Nationalversammlung abzulehnen einzuberufen.